

**DIE DEUTSCHE
SICHERHEITS- UND
VERTEIDIGUNGS-
INDUSTRIE
EIN ÜBERBLICK**





BDSV

**SICHERHEITSPOLITISCHE
HERAUSFORDERUNGEN
IM WANDEL**



Seit mehr als 60 Jahren – länger als je zuvor – lebt Deutschland in Frieden mit seinen Nachbarn. Deutschland konnte sich friedlich wiedervereinen, der Kalte Krieg in Europa wurde friedlich überwunden. Damit haben sich die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Rolle der Streitkräfte grundlegend gewandelt. Heute sind die Aufgabe der Bundeswehr der Kampf gegen den Terrorismus, die Verhinderung von Völkermorden und schwersten Menschenrechtsverletzungen sowie die Sicherung wirtschaftlichen Austausches.

NEUAUFSTELLUNG DER BUNDESWEHR TRÄGT DIESEM WANDEL RECHNUNG

Die Bundesregierung hat auf die geänderte außen- und sicherheitspolitische Lage reagiert und die deutschen Streitkräfte einer Neuausrichtung unterzogen.

Die Bundeswehrreform umfasst alle Bereiche – von der Wehrpflicht über die Truppenstärke bis zur militärischen Ausrüstung:

- Während im 2+4 Vertrag noch eine Truppenstärke von bis zu 340.000 Soldatinnen und Soldaten für die Bundesrepublik Deutschland international abgesichert wurden, werden es künftig nur noch 185.000 sein.
- Während es im Jahr der Wiedervereinigung in Deutschland zusammen noch über 500 Standorte gab, werden es künftig nur noch etwa die Hälfte sein.
- Während sich die Bundeswehr bis in die frühen 90er Jahre nicht an Auslandsmissionen beteiligt hat, sind derzeit permanent mehr als 6.000 Soldatinnen und Soldaten weltweit im Einsatz.
- Während die Bundeswehr bis zum Jahr 2012 eine „Wehrpflichtarmee“ gewesen ist, wird sie in Zukunft nur dann geeignetes Personal gewinnen und halten können, wenn der Dienst in den Streitkräften attraktiver wird.

SICHERHEITSPOLITIK IM SPIEGEL DER GESELLSCHAFT

Die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen spiegeln sich in den Einstellungen gerade der jüngeren Generation: Laut einer aktuellen Umfrage wünschen sich die 14- bis 29-Jährigen, dass Deutschland mehr Verantwortung für die internationale Sicherheit tragen soll: 57 Prozent dieser Gruppe sind der Ansicht, dass die Bundesrepublik sich vermehrt bei UN-Einsätzen beteiligen sollte. Zwei Drittel meinen, dass sich Deutschland auch zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen stärker engagieren sollte.

**VOLKSWIRTSCHAFTLICHE
BEDEUTUNG DER DEUTSCHEN
SICHERHEITS- UND
VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE**



- 11 Die durch neue außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen ausgelösten gewaltigen Veränderungen sind auch an der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nicht spurlos vorüber gegangen. Im Gegenteil: Sie haben von den Unternehmen gewaltige Anstrengungen verlangt, um sich den neuen Anforderungen anzupassen – strukturell, technisch, finanziell.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist ein wichtiger Pfeiler der deutschen Industrie- und Forschungslandschaft. Im Jahr 2011 haben in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie rund 100.000 Beschäftigte gearbeitet. Von der Geschäftstätigkeit der Industrie hängen zusätzlich rund 120.000 weitere Stellen in Zulieferbetrieben ab. Somit sichert die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland mehr als 220.000 meist hochqualifizierte Arbeitsplätze.

In den Jahren von 2005 bis 2011 betrug der durchschnittliche jährliche Beschäftigungszuwachs 4,1 Prozent. Im selben Zeitraum stieg die Anzahl der Beschäftigten in der deutschen Volkswirtschaft hingegen nur um 0,9 Prozent.

Die Wertschöpfung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie betrug im Jahr 2011 insgesamt 21,3 Milliarden Euro. Insgesamt geht knapp ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts direkt und indirekt auf die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zurück.

Die Arbeitsproduktivität kann sich mit der der Automobilindustrie messen und liegt 25 Prozent über dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes.

Seit Jahren liegt der Exportanteil der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie über 40 Prozent. Ihre Unternehmen erzielten im Jahr 2011 einen Außenhandelsüberschuss von 6,8 Milliarden Euro. Die Importquote ist dementsprechend niedrig. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es vorrangig die Produkte der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind, die zum Schutz der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands eingesetzt werden.

AUF EINEN BLICK: DIE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE IM AUSSENHANDEL

Exportquote: 44 Prozent
Davon im konventionellen Sektor: 17 Prozent
Importvolumen: 5.687 Mio. Euro
Importquote: 20,1 Prozent
Davon im konventionellen Sektor: 3 Prozent
Außenhandelsüberschuss: 6.786 Mio. Euro

(WifOR 2012)

Eine Herausforderung für die Branche sind jedoch die zunehmenden budgetären Restriktionen auf staatlicher Seite. Die sinkenden Ausgaben für Verteidigung in Deutschland und bei vielen Partnern in EU und NATO führen dazu, dass das Auftragsvolumen von Seiten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte zurückgeht.

Wenn dies so bleibt, ist die Folge, dass die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nicht nur die Produktionskapazitäten deutlich verringern muss. Auch im F&E-Bereich wären erhebliche Einschränkungen zu verkräften. Neue Systeme könnten dann nicht mehr oder nur in sehr viel längeren Zeiträumen entwickelt werden. Es würde aber auch heißen, dass die bestehenden Ausrüstungen an neue, sich aus künftigen Auslandseinsätzen ergebenden Gefahren oder Anforderungen nur stark verzögert angepasst werden können.

ERWEITERTER SEKTOR DER SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGS-INDUSTRIE IST STÄRKSTER WACHSTUMSTREIBER

Entsprechend der geänderten militärischen Anforderungen hat sich die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stark differenziert. Im Gegensatz zu vergangenen Jahrzehnten macht die Produktion im sogenannten Konventionellen Sektor, zu dem unmittelbare militärische Güter wie Panzer, Waffen, Flugzeuge, Schiffe und Munition zählen, nur noch ein Drittel der Wertschöpfung aus.

Wesentliche Leistungen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beziehen sich heute insbesondere auf den so genannten Erweiterten Sektor, in dem Güter für Prävention und Einsatzmanagement dominieren. Dazu zählen insbesondere:

- Einsatzbereitschaft und -mobilität
- Computer- und IT-Lösungen
- Dienst- und Serviceleistungen
- Überwachung, Aufklärung und Alarmierung.

13 Auch der Vergleich der durchschnittlichen Wachstumsraten in den Jahren 2005 bis 2011 zeigt, dass das Wachstum der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie besonders auf einen erhöhten Bedarf an Gütern des Erweiterten Sektors zurückzuführen ist. So wuchs dessen Produktionswert im Schnitt jährlich um 6,0 Prozent gegenüber 0,8 Prozent im Konventionellen Sektor. Die Erwerbstätigenzahlen des Erweiterten Sektors stiegen durchschnittlich um 5,3 Prozent. Das jährliche Wachstum im Konventionellen Sektor war dagegen negativ und ging um 0,4 Prozent zurück.

Auch beim Export gilt, dass nur unter 20 Prozent des Gesamtaufkommens auf Waffen, Waffensysteme und Munition entfallen. Deutlich größer ist der Anteil an Gütern für die so genannte Einsatzbereitschaft, Überwachung und Aufklärung sowie Führung und Kommunikation.

**DIE SICHERHEITS- UND
VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE IST
ÜBERDURCHSCHNITTLICH
INNOVATIV**



- 17 Zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind Innovationen zwingend notwendig. Nur durch innovative Güter und Produkte lässt sich neues Wachstum generieren.

Die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind in hohem Maße innovationsorientiert. Innovative Produkte machen 32 Prozent des Branchenumsatzes aus – doppelt so viel wie im Industriedurchschnitt.

Eine bedeutende Rolle spielt hier der wehrtechnische Mittelstand als Rückgrat und wichtiger Innovationsmotor der deutschen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Mittelständische Unternehmen leisten sowohl eigenständig, als auch im Verbund mit anderen Mittelständlern und als Partner der Systemhäuser wertvolle und unverzichtbare Beiträge.

Damit steht die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland nach der Automobil- und der Elektroindustrie an dritter Stelle.

Der folgende Vergleich belegt die Stärke der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bei Forschung und Entwicklung: Die durchschnittliche interne F&E-Quote der deutschen Wirtschaft im Jahr 2010 gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug 1,9 Prozent. Gemessen an der Bruttowertschöpfung ergibt sich für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine interne F&E-Quote von 19,1 Prozent (im Jahr 2011).

Forschungskooperationen spielen für Innovationen eine bedeutende Rolle: So entwickeln 55 Prozent der Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ihre Produkte im Rahmen von Kooperationen mit Unternehmen aus anderen Wirtschaftssektoren.

Dies macht insbesondere auch die hohe Verflechtung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in der Industrie- und Forschungslandschaft Deutschland deutlich.

INNOVATIONSPULSE DURCH DIE ÖFFENTLICHE HAND

Innovationen sind der Schlüssel, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu erhalten und auszubauen.

Die Beschaffung sicherheitsdienlicher Güter durch Bundeswehr und Behörden mit Sicherheitsaufgaben wie Polizei, Feuerwehren oder Katastrophenschutz gibt dabei wichtige Impulse für Innovationen.

Zum Erhalt der internationalen Spitzenstellung wendet die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erhebliche Eigenmittel auf, die auch in Zukunft - mindestens auf dem Niveau von heute - durch F&E-Etats der öffentlichen Hand unterstützt werden müssen.

BRANCHENÜBERGREIFENDER NUTZEN DURCH F&E-ANSTRENGUNGEN DER SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist jedoch nicht nur als eigenständiger Wirtschaftszweig von Bedeutung. Von ihrer Stellung im Hochtechnologiesektor profitieren auch andere Branchen erheblich. Indem sie bei Vorleistungsindustrien innovative Güter beziehen, stimulieren die Hersteller der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hier zusätzliche F&E-Aktivitäten.

So haben über 80 Prozent der Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu Innovationen bei ihren Zulieferern beigetragen. In 2011 nutzte die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie F&E-Leistungen aus Vorleistungsindustrien im Wert von 166 Millionen Euro.

19 Nach Automobil, Pharma, Chemie und Nachrichtentechnik ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie somit die Branche mit dem fünftgrößten F&E-Impuls in Deutschland.

Daraus ergibt sich: Die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind nicht nur für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr und ihrer internationalen Partner in NATO und EU sowie für den optimalen Schutz der Soldatinnen und Soldaten von zentraler Bedeutung. Sie leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands.

UNSERE STANDPUNKTE



DIE DEUTSCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE MUSS INTERNATIONAL WETTBEWERBSFÄHIG BLEIBEN.

Sie begrüßt den weitgehenden Konsens in der deutschen Politik, dass Deutschland in der Zukunft eigene militärische Fähigkeiten vorhalten will und somit auch eigene Fähigkeiten zur Produktion von Sicherheits- und Verteidigungsgütern braucht. Dies wird aber künftig nur der Fall sein können, wenn der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie die Rahmenbedingungen gewährt werden, die hierfür im internationalen Wettbewerb nötig sind.

EINE LANGFRISTIGE AUSRICHTUNG IST FÜR DIE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE ESSENZIELL.

Staatliches Handeln muss daher auch daran gemessen werden, ob es mit den Anforderungen der Industriewelt kompatibel ist. Die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie lassen sich nicht beliebig und nach Kassenlage an- und abschalten. Verlorengangene industrielle Fähigkeiten können nur mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand wieder aufgebaut werden. Das gilt sowohl für Forschung und Entwicklung, als auch für die Produktion. Die Verteidigungsindustrie hat sich an den Vorgaben der Verteidigungspolitik zu orientieren. Dazu braucht es gegenseitiges Verständnis, den Willen zur Kooperation und Verlässlichkeit in der Beauftragung. Eine kontinuierliche heimische Auftragsbasis mit der Bundeswehr als Referenzkunden ist auch für den Export von hoher Bedeutung.

NATIONAL ZU BEWAHRENDE SCHLÜSSELKOMPETENZEN UND TECHNOLOGIEN MÜSSEN KLAR DEFINIERT UND GEFÖRDERT WERDEN.

Deutschland verfügt über herausragende wehrtechnische Fähigkeiten und Spitzentechnologien. Sie sind ein unverzichtbares Instrument nationaler Außen- und Sicherheitspolitik, gewährleisten die Souveränität Deutschlands und sichern seine internationale Handlungsfähigkeit. Dieses strategische Potenzial kann sich aber nur entfalten, wenn klar ist, um welche Kompetenzen es sich konkret handelt.

Deutschland, und die Mitgliedsstaaten der EU sollten daher zuallererst in einem „Top-down-Ansatz“ ihre nationalen Schlüsselkompetenzen definieren, d.h. welche Fähigkeiten für die nationale staatliche Souveränität in Zukunft unverzichtbar sein sollen bzw. welche Fähigkeiten mit anderen Staaten geteilt werden können. Eine solche Definition kann nur Aufgabe der Politik sein.

Zur Erhaltung dieser nationalen Schlüsselkompetenzen ist eine flankierende Unterstützung über entsprechende nationale Beschaffungsprogramme und die Vergabe von F&E-Mitteln unabdingbar.

Für alle anderen, nicht als strategisch eingestuft Fähigkeiten ist eine größtmögliche Öffnung des europäischen Rüstungsmarktes und weitestgehender Wettbewerb anzustreben. Grundvoraussetzung hierfür sind gleiche Rahmenbedingungen, harmonisierte Vorschriften und Normen sowie einheitliche Rüstungsexportbedingungen. Nur so werden auch harmonisierte Anforderungen für einzelne Programme zu wirklichen Kostensenkungen führen können.

NUR INTERNATIONAL KOMPATIBLE SYSTEME KÖNNEN KÜNFTIG EFFIZIENT SEIN.

Die staatlichen Ausgaben für militärische Güter werden in Deutschland, Europa und den USA nicht wachsen. Die Euro-Krise zeigt zudem, dass Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch enger zusammenarbeiten muss. Angesichts der absehbaren Sparmaßnahmen im US-Haushalt und der notwendigen Defizitbekämpfung in den europäischen Budgets liegt eine stärker abgestimmte rüstungspolitische Kooperation mit unseren Partnern in NATO und EU nahe. Eine stärkere Harmonisierung der Bau- und Abnahmevorschriften sowie einheitliche Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Markt sind nötig, um zukünftig eine engere Rüstungskoopeation herzustellen.

EXPORTE SIND NOTWENDIG.

Ohne Exporte kann die Verteidigungsindustrie ihre Kapazitäten, ihren international anerkannten Standard, den Schutz der Soldatinnen und Soldaten oder auch ihren Beitrag für die industrielle Entwicklung und Handlungsfähigkeit Deutschlands nicht mehr gewährleisten. Denn allein die Nachfrage von Bundeswehr und NATO-Partnern ist nicht ausreichend, den Status quo zu erhalten. Mit einer Exportquote von nahezu 50 Prozent ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie davon abhängig, ihre Produkte auch an Drittländer verkaufen zu können.

OFFSET-FORDERUNGEN MÜSSEN ABGESCHAFFT WERDEN.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist technologisch führend in erfolgreiche internationale Kooperationsvorhaben eingebunden. Daher ist die Branche mit umfangreichen Offset-Forderungen europäischer und außereuropäischer Staaten als Gegenleistung für den Kauf deutscher Rüstungsgüter konfrontiert. Diese Kompensationsleistungen können sich auf Unterbeauftragung, Lizenzvergabe, Technologietransfer, Investitionen und Joint Ventures zwischen der deutschen Industrie und dem Käuferland erstrecken.

Es entstehen maßgebliche Wettbewerbsverzerrungen, die aus ordnungs- und wirtschaftspolitischer Sicht inakzeptabel sind. Sie erschweren und verzerren den Wettbewerb, verteuern Beschaffungen und wirken dirigistisch und protektionistisch. Zudem verstoßen sie gegen die Grundsätze der Marktwirtschaft sowie den EU-Vertrag zu einem einheitlichen, gemeinsamen und freien Markt.

Deutschland sollte mit Nachdruck auf eine vollständige, weltweite Abschaffung von Offset-Verpflichtungen bei Rüstungsgeschäften hinwirken. Dabei ist eine unter den Nationalstaaten abgestimmte Vorgehensweise erforderlich.

RÜSTUNGSEXPORTRICHTLINIEN HABEN SICH BEWÄHRT.

Der Export militärischer Güter unterliegt in Deutschland einer strengen Kontrolle. Er bedarf der Zustimmung des Bundessicherheitsrates auf der Grundlage der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, dem Kriegswaffenkontrollgesetz sowie dem Außenwirtschaftsgesetz. Mit diesen gültigen Richtlinien konnten alle bisherigen Bundesregierungen international verantwortlich handeln. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hat ebenso großes Vertrauen in die Integrität der Mitglieder des Deutschen Bundestages wie in die Mitglieder des Bundessicherheitsrates, die über die Genehmigungen von Rüstungsexporten entscheiden.

Die derzeitige Genehmigungspraxis der Bundesregierung hat sich bewährt und sollte daher keinen Änderungen unterworfen werden. In keinem Land der EU entscheidet das Parlament über die Genehmigungen von Rüstungsexporten mit. Die Information der Parlamentarier und der Öffentlichkeit ist geregelt. Etwaige Änderungen im Ablauf unterliegen der politischen Entscheidung und sind nicht Sache der Industrie.

Ihre Unternehmen bewegen sich bei den Rüstungsexporten im Rahmen der geltenden Gesetzgebung. Zur Einhaltung der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ sieht sie keine Alternative.

Die Wahrung der Geschäftsgeheimnisse und die Wahrung der Kundeninteressen sowie der außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland müssen gewährleistet sein.

INTERNATIONALE STANDARDS SIND NOTWENDIG.

Der BDSV unterstützt die Initiative der UN, einen rechtlich bindenden Waffenhandelsvertrag (ATT) zu implementieren, der zukünftig für alle UN-Mitglieder bindend ist. Mit einem solchem Vertrag könnte sichergestellt werden, dass das Niveau der Exportkontrollen weltweit einen ähnlich hohen Standard wie in Deutschland erreicht.

Die Schaffung eines Rechtsinstruments für den internationalen Waffenhandel, in dem sich die Aspekte Sicherheit, wirtschaftliche Realitäten und die Prinzipien der Menschenrechte wiederfinden, wird zur Förderung internationaler Initiativen für Frieden beitragen.

KONTAKT

**Bundesverband der
Deutschen Sicherheits- und
Verteidigungsindustrie e.V.**

Friedrichstraße 60
10117 Berlin

Telefon +49 (0) 30 206.18.99-00

Fax +49 (0) 30 206.18.99-90

E-Mail bdsv@bdsv.eu